

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2019

Wirtschaftschronik. II. Quartal 2019

Eine weitere Fristverlängerung für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU verhindert einen "No Deal Brexit". Der Europäische Rat einigt sich auf einen Vorschlag für die Besetzung der Spitzenposten in der Europäischen Union. Chinas Ministerpräsident Li Keqiang wirbt in Europa für die Initiative "One Belt, One Road", die "Neue Seidenstraße". Ostmitteleuropäische Länder, darunter 17 EU-Mitgliedsländer, zeigen großes Interesse an den massiven Infrastrukturinvestitionen Chinas. Der Außenhandelskonflikt zwischen den USA und dem Iran wird unter Androhung weiterer Sanktionen der USA gegenüber dem Iran und den in den Iran exportierenden Ländern fortgeführt. Auf die Verhängung von Importzöllen auf Waren aus China reagiert China mit weiteren Strafzöllen auf Importe aus den USA. Mexiko ratifiziert als erstes Land das NAFTA-Nachfolgeabkommen USMCA. – Um die Leistungen der Sozialhilfe österreichweit zu harmonisieren, beschließt der Nationalrat ein neues Sozialhilfe-Grundsatzgesetz. Nach der Auflösung der Bundesregierung in Österreich und der Einsetzung einer Übergangsregierung werden am 29. September 2019 Neuwahlen zum Nationalrat stattfinden. Teile der im Mai 2019 angekündigten Steuerreform könnten noch im Juli im Nationalrat beschlossen werden.

Calendar of Economic Events. Second Quarter of 2019

A further extension of the deadline for the UK to withdraw from the EU prevents a "no deal brexit". The European Council agrees on a proposal for filling the top posts in the European Union. China's Prime Minister Li Keqiang promotes in Europe the "One Belt, One Road" initiative, the "New Silk Road". Eastern Central European countries, including 17 EU members, are showing great interest in China's massive infrastructure investments. The foreign trade conflict between the USA and Iran continues under threat of further sanctions by the USA against Iran and the countries exporting to Iran. China is responding to the imposition of import duties on goods from China with further punitive duties on imports from the USA. Mexico is the first country to ratify the NAFTA successor agreement USMCA. – In order to harmonise social assistance benefits throughout Austria, the National Council adopts a new Basic Law on Social Assistance. Following the dissolution of the federal government in Austria and the establishment of a transitional government, new elections to the National Council will take place on 29 September 2019. Parts of the tax reform announced in May 2019 could still be decided by the National Council in July.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, angelina.keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 30. Juni 2019.

Begutachtung: Simon Loretz, Christine Mayrhuber

1. Ausland

9. April: In Brüssel findet das 21. Gipfeltreffen zwischen der EU und China statt. Der Präsident des Europäischen Rates Tusk, der Präsident der Europäischen Kommission Juncker und der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang bekräftigen in einer gemeinsamen Erklärung, ihre strategische Partnerschaft weiter auszubauen und eine neue Agenda für die Zusammenarbeit nach 2020 bis zum nächsten Gipfel zu verabschieden. Beide Seiten vereinbaren, ihre Wirtschaftsbeziehungen auf Offenheit, Nichtdiskriminierung und fairen Wettbewerb zu stützen. Die Länder versichern ihre gegenseitige Bereitschaft, den gegenseitigen Marktzugang zu erleichtern und nicht zu diskriminieren. Einig sind sich die Partner über eine Zusammenarbeit in der Reform der WTO. Sie möchten keinen Technologietransfer erzwingen¹⁾ und den Dialog über die Überkapazitäten in der Stahlproduktion fortsetzen. Zur Vernetzung Europas und Asiens werden Synergien zwischen der Initiative "One Belt, One Road" Chinas ("Neue Seidenstraße") und den Verkehrs- und Infrastrukturinitiativen der EU geschaffen.

EU-China: Gipfeltreffen

¹⁾ Ausländische Unternehmen, die Zugang zum chinesischen Markt anstreben, müssen sich verpflichten das geistige Eigentum an einen inländischen Partner zu übertragen.

Weltbank: David Malpass

Der Ökonom David Malpass (USA) wird Präsident der Weltbank. Er folgt der Interims-Präsidentin Kristalina Georgieva, die nach dem Rücktritt von Jim Yong Kim im Februar das Amt übernommen hat.

EU: Brexit

11. April: Auf Ansuchen von Premierministerin May entscheiden die Staats- und Regierungsoberhäupter der verbleibenden 27 EU-Länder anlässlich eines Sondergipfels eine weitere Verlängerung der Frist für den Austritt des Vereinigten Königreichs bis zum 31. Oktober. Ohne Verlängerung würde am 12. April ein ungeordneter "No Deal Brexit" in Kraft treten, da der Austrittsvertrag nicht unterzeichnet ist. Das Vereinigte Königreich muss an der Wahl zum Europäischen Parlament teilnehmen.

China-MOEL: Gipfeltreffen

In Dubrovnik findet das 8. Gipfeltreffen zwischen China und ostmitteleuropäischen Ländern (MOEL) statt. Staats- und Regierungsoberhäupter von 17 europäischen Ländern, darunter 12 EU-Ländern, verhandeln mit Chinas Ministerpräsidenten Li Keqiang über Infrastrukturprojekte im Rahmen der Initiative "Neue Seidenstraße" ("One Belt, One Road"). China hat in den letzten Jahren in Osteuropa über 4 Mrd. \$ investiert.

Griechenland: Reparationszahlungen Deutschland

17. April: Das griechische Parlament beschließt, von Deutschland für die Kriegsschäden des Zweiten Weltkrieges bis zu 290 Mrd. € an Reparationszahlungen einzufordern. Griechenland wurde 1941 von der deutschen Wehrmacht besetzt.

USA: Sanktionen Iran

22. April: Unter Androhung von wirtschaftlichen Sanktionen fordert der Präsident der USA Trump alle Länder auf, ab 2. Mai 2019 auf Erdölimporte aus dem Iran zu verzichten. Bisher konnten einige Länder aufgrund von Ausnahmegenehmigungen des Außenministeriums der USA sanktionsfrei iranisches Erdöl importieren, um für die Umstellung ihrer Versorgung mit Erdöl Zeit zu gewinnen. Seit Inkrafttreten der Sanktionen der USA vor rund einem Jahr beliefert der Iran China, Indien und die Türkei mit etwa 1,9 Mio. Barrel pro Tag.

Frankreich: Steuersenkung

25. April: Zur Entlastung des Mittelstandes kündigt Frankreichs Präsident Macron eine Steuersenkung für niedrige und mittlere Einkommen im Umfang von 5 Mrd. € an. Ab 2020 sollen auch die Pensionen unter 2.000 € pro Monat jährlich an die Preissteigerung angepasst werden. Vorausgegangen sind gewaltbetonte Demonstrationen der "Gilets jaunes" seit November 2018 und eine breite öffentliche Debatte über die Unzufriedenheit der Bevölkerung, an der sich Macron mehrmals persönlich beteiligte.

China: "Neue Seidenstraße"

26. April: In Peking findet das zweite Gipfeltreffen zum chinesischen Infrastrukturprojekt "Neue Seidenstraße" ("One Belt, One Road") statt, das den Ausbau von Häfen, Straßen, Eisenbahnlinien und Industrieparks in Asien, Afrika und Europa zum Ziel hat. Staats- und Regierungsoberhäupter aus 38 Ländern nehmen teil. Chinas Staatspräsident Xi Jinping unterstreicht, dass die Initiative grün, sauber und transparent sein werde und alle Partner von den Investitionen profitieren sollen. China spricht sich für Multilateralismus und gegen Protektionismus aus. Seit 2013 hat China mit 126 Ländern und 29 internationalen Organisationen Kooperationen unterzeichnet und mit den Ländern an der "Neuen Seidenstraße" seither ein Handelsvolumen von 6 Bio. \$ erreicht. Das Volumen der Direktinvestitionen von China wird bisher auf 90 Bio. \$ geschätzt. 50 europäische Städte in 15 Ländern werden über die "Neue Seidenstraße" mit China verbunden werden. Kritisch gesehen wird Chinas Vorgehen zur Finanzierung des Projektes, da vorwiegend chinesische Konzerne und nur wenige lokale Unternehmen den Zuschlag für Teilprojekte erhalten und sich viele Länder gegenüber China verschulden.

USA: Leitzinssatz

1. Mai: Die Notenbank der USA belässt ihren Leitzinssatz (federal funds rate) unverändert in einem Band von 2,25% bis 2,5%. Präsident Trump forderte zuvor eine Zinssenkung um 1 Prozentpunkt.

USA: Zölle EU, Japan

5. Mai: Die Regierung der USA wird Verhandlungen mit der EU und Japan über den Import von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen führen und über die bereits angedrohten Zölle nach Ablauf von 180 Tagen entscheiden.

Deutschland: Abgasmessung

7. Mai: Der Porschefabrikant akzeptiert die von der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen der Manipulation an der Abgasmessung verhängte Strafe von 535 Mio. €.

USA: Sonderzölle China

10. Mai: Eine Erhöhung der Sonderzölle der USA von 10% auf 25% auf Importe aus China im Ausmaß von rund 200 Mrd. \$ tritt in Kraft.

17. Mai: Wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit wird der chinesische Technologiekonzern Huawei von den USA auf die Liste von Unternehmen gesetzt, die von Unternehmen aus den USA nur mit Sondergenehmigung beliefert werden dürfen ("schwarze Liste") und bei deren Belieferung ausländische Unternehmen mit Sanktionen der USA rechnen müssen. Zu den Hauptlieferanten zählen Intel Qualcomm (USA) und Infineon (Deutschland).

USA: Sanktionen Huawei

Der Präsident der USA Trump kündigt an, die Sonderzölle auf Stahlimporte von Kanada und Mexiko in die USA abzuschaffen.

USA: Zölle Kanada, Mexiko

30. Mai: Der Präsident der USA Trump verkündet, ab 10. Juni auf Importe aus Mexiko einen Zoll von 5% zu erheben, sollte Mexiko die Migration in die USA nicht stoppen. In den kommenden Monaten könnte dieser Zollsatz schrittweise auf 25% angehoben werden. 2018 importierten die USA aus Mexiko Waren im Ausmaß von 347 Mrd. \$. Die Vorgangsweise steht im Widerspruch zum geplanten Handelsabkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada (United States-Mexico-Canada Agreement – USMCA).

USA: Zölle Mexiko

1. Juni: Als Reaktion auf die Erhöhung der Importzölle der USA erhebt China weitere Strafzölle von bis zu 25% auf Importe aus den USA im Ausmaß von 60 Mrd. \$.

China: Zölle USA

2. Juni: Die Wahlen zum Europäischen Parlament ergeben die in Übersicht 1 gezeigte Mandatserteilung.

Europäisches Parlament:
Wahlen

Übersicht 1: Mandatsverteilung im Europäischen Parlament 2019/2024

Fraktion	Mandate	Anteile in %
EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	182	24,2
S&D – Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament	154	20,5
Renew Europe – Renew Europe Group	108	14,4
Grüne/EFA – Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz	74	9,9
ID – Identity and Democracy	73	9,7
EKR – Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer	62	8,3
GUE/NGL – Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke	41	5,5
Fraktionslos	57	7,6

Q: Europäisches Parlament, <https://europawahlergebnis.eu/wahlergebnisse/2019-2024/>.

3. Juni: Die OECD veröffentlicht als Teil des Projektes "Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung" ein Arbeitsprogramm zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft²⁾ und schlägt zur Lösung zwei Säulen vor: Ein Teil der Gewinne wäre nicht mehr am Hauptsitz bzw. an der Produktionsstätte des Konzerns zu besteuern, sondern in den "Marktländern", in denen die Produkte und Dienstleistungen abgesetzt werden und die Nutzer der Dienste besteuert werden. Als zweite Säule wird die Einführung einer weltweiten Mindestbesteuerung von digitalen Konzernen wie z. B. Google oder Facebook vorgeschlagen.

OECD: Besteuerung digitale
Wirtschaft

4. Juni: Bei einem Treffen mit der britischen Premierministerin May in London stellt der Präsident der USA Trump ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern in Aussicht.

USA–Vereinigtes Königreich:
Freihandelsabkommen

5. Juni: Die Europäische Kommission gibt ihre Einschätzung der Haushaltsdisziplin Italiens bekannt. Aufgrund des öffentlichen Schuldenstandes sei ein Defizitverfahren angebracht. Nach Einschätzung der Kommission, basierend auf der Frühjahrsprognose, liegt der öffentliche Schuldenstand 2019 mit 133,7% des BIP und 2020 mit 135,2% des BIP weit über dem Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspaktes von 60% des BIP. Anfang Juli 2019 soll der Rat über ein Defizitverfahren entscheiden. Italiens Ministerpräsident Salvini kündigte Ende Mai die Einführung einer Flat Tax an, deren Kosten auf 30 Mrd. € geschätzt werden.

Europäische Kommission:
Italien

²⁾ OECD/G20, Programme of Work to Develop a Consensus Solution to the Tax Challenges Arising from the Digitalisation of the Economy, Paris, 2019, <https://www.oecd.org/tax/beps/programme-of-work-to-develop-a-consensus-solution-to-the-tax-challenges-arising-from-the-digitalisation-of-the-economy.pdf>.

USA: Importbedingungen
Indien

Die USA beenden die bevorzugten Importbedingungen gegenüber Indien nach dem allgemeinen Präferenzsystem (General System of Preferences – GSP). Dieses seit 1976 laufende Programm ermöglicht Entwicklungsländern, Textil- und Industrieprodukte zu bevorzugten Zöllen oder zollfrei in die USA zu importieren. Indien konnte Waren im Wert von 5,6 Mrd. \$ zollfrei in die USA exportieren.

Europäische Zentralbank:
Nullzinspolitik

6. Juni: Der Präsident der Europäischen Zentralbank Draghi bestätigt, dass die Europäische Zentralbank die Nullzinspolitik bis Mitte 2020 beibehalten will.

Wirtschaftsforum: Russland–
China

7. Juni: Anlässlich des Wirtschaftsforums in St. Petersburg kritisiert Russlands Präsident Putin in Gegenwart von Chinas Präsidenten Xi Jinping die USA wegen unlauteren Wettbewerbes und Protektionismus (Wirtschaftssanktionen gegen Russland) und des Wirtschaftskrieges gegen China. Der russische Präsident streicht die gemeinsamen Positionen seines Landes mit China hervor. Der Handel der beiden Länder wuchs in den letzten 10 Jahren stark und erreichte 2018 über 100 Mrd. \$, China wurde für Russland zum wichtigsten Handelspartner.

Europäischer Gerichtshof:
Straßenabgabe Deutschland

18. Juni: Nach einer Vertragsverletzungsklage Österreichs gegen Deutschland stuft der Europäische Gerichtshof die in Deutschland geplante Straßenabgabe als diskriminierend ein. Die Maut für Fahrzeuge auf Fernstraßen und Autobahnen wäre für in Deutschland zugelassene Fahrzeuge als Steuerrückerstattung zurückgezahlt worden. Das Urteil stellt sich gegen den Antrag des Generalanwaltes.

Mexiko: USMCA

20. Juni: Mexiko ratifiziert als erstes Land den Freihandelsvertrag mit den USA und Kanada (USMCA), der das ehemalige NAFTA-Abkommen ersetzt.

Europäischer Rat: Neue stra-
tegische Agenda

20.-21. Juni: Der Europäische Rat nimmt die "Neue strategische Agenda 2019–2024" der EU an, die vier Prioritäten festlegt:

- "Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten,
- Entwicklung einer soliden und dynamischen wirtschaftlichen Basis,
- Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas,
- Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt."

Europäischer Rat: Sanktionen
Russland

Der Rat einigt sich auf die Verlängerung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland als Reaktion auf die Ukraine-Krise um weitere sechs Monate. Keinen Konsens findet der Vorschlag, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Anstrengungen im Kampf gegen Desinformation und die "hybride Bedrohung" werden vorangetrieben. Die Gespräche über die Besetzung der Spitzenposten der EU werden auf einer außerordentlichen Tagung am 30. Juni fortgesetzt.

EU–Mercosur: Freihandels-
zone

28. Juni: Zur Errichtung einer Freihandelszone zwischen den EU-Ländern und den Mercosur-Ländern (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay), die eine Bevölkerung von 770 Mio. und Importe der EU-Länder von 41 Mrd. € sowie EU-Exporte von 43 Mrd. € jährlich (2018) betrifft, wird ein Agreement in Principle erzielt. Zölle der Mercosur-Länder auf 91% der Waren aus der EU (derzeit bis zu 35%; Autos und technische Produkte) werden abgebaut. Zugleich werden EU-Importzölle auf 92% der Waren aus den Mercosur-Ländern abgebaut (vorwiegend Rindfleisch und andere landwirtschaftliche Produkte).

G 20: Gipfeltreffen

28.-29. Juni: In Osaka findet das G-20-Gipfeltreffen statt. Die Staats- und Regierungsoberhäupter sehen in der Zunahme der Handelsstreitigkeiten (USA–China, USA–EU) und der geopolitischen Spannungen (Konflikte in Iran, Nordkorea, Ostukraine und Syrien) eine Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Die USA und China werden die Verhandlungen über den gemeinsamen Außenhandel wieder aufnehmen. Mit Ausnahme der USA bekennen sich alle Staats- und Regierungsoberhäupter zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Im Rahmen der WTO sollen gemeinsame Regeln für die digitale Wirtschaft ausgearbeitet werden, damit das Vertrauen in den Datenverkehr gewährleistet ist. Dem verantwortungsvollen Umgang mit künstlicher Intelligenz, der Förderung von Innovationen, der Steigerung des Vertrauens in die Technologie unter Beachtung der Menschenrechte und demokratischer Werte dienen in die Schlusserklärung unverbindlich aufgenommenen Prinzipien

der OECD zur künstlichen Intelligenz³⁾. China wird die Zahl der Sektoren, die für ausländische Investoren gesperrt oder nur teilweise zugänglich sind, ab 30. Juli 2019 von 48 auf 40 verringern.

Bis 2020 soll die Besteuerung von multinationalen Konzernen mit digitalem Geschäftsmodell weltweit geregelt sein⁴⁾.

Anlässlich des Treffens des Präsidenten der USA Trump und Staatspräsidenten von China Xi Jinping wird die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Außenhandelsbeziehungen vereinbart. Die USA billigen zu, keine weiteren Zölle auf Importe aus China zu erheben.

USA–China: Außenhandelsbeziehungen

30. Juni bis 2. Juli: Anlässlich seiner Sondertagung wählt der Europäische Rat Charles Michel zu seinem neuen Präsidenten. Die Staats- und Regierungsoberhäupter schlagen Ursula von der Leyen als Kandidatin für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission vor. Josep Borrell i Fontelles wird als Kandidat für das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Christine Lagarde als Kandidatin für das Amt des Präsidenten der Europäischen Zentralbank nominiert.

Europäischer Rat: Sondertagung

2. Österreich

3. April: Der Ministerrat beschließt die Einführung einer Digitalsteuer per Anfang 2020. Der Ministerratsvortrag sieht eine Besteuerung von 5% auf in Österreich online erzielte Umsätze von Großunternehmen (weltweiter Umsatz über 750 Mio. €) vor, die 25 Mio. € übersteigen. Zusammen mit der geplanten Erweiterung der Einfuhrumsatzsteuer im Onlinehandel sowie einer Haftungsklausel für Vermittlungsplattformen wird mit Einnahmen von 200 Mio. € jährlich gerechnet.

Digitalsteuer

25. April: Die Fortschreibung des österreichischen Stabilitätsprogrammes für die Jahre 2018/2023 wird an den Europäischen Rat und die Europäische Kommission weitergeleitet. Das Programm beabsichtigt die Einhaltung des mittelfristigen Haushaltszieles⁵⁾ und die Erzielung eines Überschusses des Bundeshaushaltes für 2019. Die Staatsschuldenquote soll 2019 auf 69,6% des BIP sinken und bis zum Ende der Legislaturperiode unter 60% des BIP liegen. Die geplante Ausgabendisziplin erlaubt, mittelfristig eine Abgabenquote von 40% zu erreichen. Dies soll durch eine Steuerreform ohne Belastung des Haushaltes umgesetzt werden. Konjunkturbedingt und wegen der Umsetzung von sozialpolitischen und steuerentlastenden Maßnahmen ist mit einer Dämpfung der Einnahmen des Gesamtstaates zu rechnen. Ziel des Programmes sind die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und eine Absicherung des Wohlstandes künftiger Generationen.

Stabilitätsprogramm

1. Mai: Die Regierung stellt die geplante Steuerreform vor. Sie soll bis 2022 eine Entlastung der Steuerpflichtigen von 8,3 Mrd. € bewirken. Unter Berücksichtigung der bisher wirksamen Maßnahmen wie Familienbonus Plus, Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und des Umsatzsteuersatzes auf Tourismusleistungen werden künftige Maßnahmen den Faktor Arbeit um 5 Mrd. € und die Unternehmen um 1,5 Mrd. € entlasten. So ist für 2020 eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge geplant, überdies die Verdoppelung der Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter von 400 € auf 800 € pro Jahr und die Erhöhung der jährlichen Kleinunternehmergrenze von 30.000 € auf 35.000 €. Vorgesehen sind Anreize für ökologisches Verhalten etwa durch Nutzung von Dienstfahrzeugen mit niedrigem CO₂-Ausstoß, von Elektrofahrrädern und von Photovoltaik, die Steuerbegünstigung von ökologischen Energiequellen, die Einführung eines ermäßigten Umsatzsteuersatzes für elektronische Zeitungen und Bücher sowie die Neuregelung der Normverbrauchsabgabe und der motorbezogenen Versicherungssteuer unter Berücksichtigung des CO₂-Ausstoßes.

Steuerreform

2021 soll die erste Stufe des Eingangsteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer von 25% auf 20% wirksam werden. Vorgesehen sind auch eine Erhöhung des

³⁾ <https://legalinstruments.oecd.org/en/instruments/OECD-LEGAL-0449>.

⁴⁾ Siehe weiter oben, 3. Juni.

⁵⁾ Medium-Term Budgetary Objective (MTO): Der Präventive Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verlangt mittelfristig das Erreichen eines strukturellen Defizits von höchstens 0,5% des BIP.

Werbekostenpauschales von derzeit 132 € auf 300 € pro Jahr, Vereinfachungen in der Lohnverrechnung und der Gewinnermittlung, die Abschaffung von Bagatelsteuern, eine Ausweitung der Forschungsprämie und eine weitere Erhöhung der Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 800 € auf 1.000 € jährlich. 2022 werden die Tarifsteuersätze der zweiten und dritten Tarifstufe von 35% auf 30% bzw. von 42% auf 40% gesenkt, die Steuerbegünstigung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen wird auf Mitarbeitererfolgsbeteiligungen (3.000 € jährlich) erweitert, die erste Stufe der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25% auf 23% und die Erhöhung des Gewinnfreibetrages von 30.000 € auf 100.000 € umgesetzt. 2023 ist die zweite Etappe der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 23% auf 21% geplant.

Vordienstzeiten öffentlich Bediensteter

8. Mai: Der Europäische Gerichtshof stellt fest, dass die österreichische Regelung der Anrechnung der Vordienstzeiten für öffentlich Bedienstete diskriminierend wirkt und diese Anspruch auf eine Ausgleichszahlung haben.

Bundesregierung

18. Mai: Nachdem Vizekanzler Strache seinen Rücktritt bekanntgibt, kündigt Bundeskanzler Kurz das Koalitionsabkommen mit der FPÖ auf und schlägt vorgezogene Neuwahlen vor. Ausgelöst wurde die Auflösung der Regierung durch ein 2017 heimlich aufgenommenes Video ("Ibiza-Video"), auf dem Heinz-Christian Strache den Eindruck der Käuflichkeit im Wahlkampf erweckt.

Übergangsregierung

22. Mai: Bundespräsident Van der Bellen gelobt Finanzminister Hartwig Löger als Vizekanzler, Eckart Ratz als Bundesminister für Inneres, Valerie Hackl als Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, Johann Luif als Bundesminister für Landesverteidigung und Walter Pöltner als Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz an. Die Kompetenzen öffentlicher Dienst und Sport übernimmt die Bundesministerin für Familien und Jugend Juliane Bogner-Strauss, der Staatssekretär für Finanzen wird nicht nachbesetzt.

Gemeinnützige Tätigkeit

23. Mai: Der designierte Innenminister Eckart Ratz zieht die Verordnung seines Vorgängers Herbert Kickl, mit der der Stundenlohn für die gemeinnützige Tätigkeit von Asylwerbern und Asylwerberinnen mit 1,5 € festgesetzt wurde, zurück.

Misstrauensantrag

27. Mai: Auf Antrag der SPÖ und mit den Stimmen von FPÖ und Jetzt entzieht der Nationalrat der gesamten Regierung das Vertrauen. Bundespräsident Van der Bellen muss Bundeskanzler Kurz und die Regierungsmitglieder des Amtes entheben und für eine Übergangsregierung sorgen. Hartwig Löger übernimmt den Vorsitz der einstweiligen Bundesregierung und die Fortführung der Verwaltung des Bundeskanzleramtes.

Sozialhilfe-Grundsatzgesetz

1. Juni: Das neue Sozialhilfe-Grundsatzgesetz tritt in Kraft und legt für alle Bundesländer die monatliche Obergrenze für die bisherige bedarfsorientierte Mindestsicherung mit dem Nettoausgleichszulagenrichtsatz⁶⁾ zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfes fest. Der Richtsatz umfasst Geld- oder Sachleistungen, ausgenommen Heizkostenzuschüsse und private Spenden. Er beträgt für Alleinstehende derzeit 885,47 € pro Monat und ist auf 12 Monate befristet und danach neu zu beantragen. Für eine Haushaltsgemeinschaft von zwei anspruchsberechtigten volljährigen Personen beträgt der Richtsatz zweimal 70% (1.240 €) und 45% für eine dritte volljährige Person. Ebenfalls degressiv angewandt wird der Richtsatz für im Haushalt lebende Kinder, wobei das erste Kind mit 25%, das zweite Kind mit 15% und jedes weitere Kind mit 5% des Richtsatzes berücksichtigt wird. Alleinerziehenden steht ein Alleinerzieherbonus zu (ebenfalls degressiv pro Kind: 12%, 9%, 6%, ab dem 4. Kind für jedes weitere Kind 3%). Behinderungen werden mit 18% pro Person ausgeglichen. Die Leistungshöhe hängt von der Vermittelbarkeit auf dem österreichischen Arbeitsmarkt ab (Arbeitsqualifizierungsbonus). Werden integrationspolitische Ziele (Sprachniveau B1 in Deutsch oder C1 in Englisch) nicht erreicht, dann wird die Leistung für Alleinstehende um 35% gekürzt; die Auszahlung verringert sich dann von rund 885 € auf 576 €. Von den Leistungen der Sozialhilfe ausgeschlossen sind Personen ohne tatsächlichen Aufenthalt im Bundesgebiet, Asylwerbende und ausreisepflichtige Fremde. Vermögen werden bis zu einer Höchstgrenze von 600% des Richtsatzes für Alleinstehende nicht angerechnet (Schonvermögen). Haushaltsgemeinschaften volljähriger Personen ohne familiären Verband werden mit 175% des Richtsatzes begrenzt. Daten der Personen, die Sozial-

⁶⁾ Ausgleichszulagenrichtsatz nach Abzug von 5,1% für Kranken- und Unfallversicherung.

hilfe beziehen, werden in die Transparenzdatenbank eingebracht. Zur Feststellung der Voraussetzungen ist ein Datenaustausch zwischen den Sozial- und Meldebehörden, dem Innenministerium, dem AMS und dem österreichischen Integrationsfonds vorgesehen.

3. Juni: Die "Expertenregierung" unter Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein wird von Bundespräsident Van der Bellen angelobt. Die 12 Regierungsmitglieder sind: Clemens Jabloner (Vizekanzler; Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz), Eduard Müller (Bundesminister für Finanzen, Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport), Maria Patek (Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus), Wolfgang Peschorn (Bundesminister für Inneres), Iris Rauskala (Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung), Andreas Reichhardt (Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie), Alexander Schallenberg (Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien im Bundeskanzleramt), Ines Stilling (Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend im Bundeskanzleramt), Thomas Starlinger (Bundesminister für Landesverteidigung), Elisabeth Udolf-Strobl (Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Brigitte Zarfl (Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz).

"Expertenregierung"